



DR. FRANZ LÖSCHNAK  
BUNDESMINISTER FÜR INNERES

II-3143 der Beilagen zu den Stenographischen Protokollen  
des Nationalrates XVIII. Gesetzgebungsperiode

Zahl: 0117/369-II/5/91

Wien, am 27. August 1991

An den  
Präsidenten des Nationalrates  
Dr. Heinz FISCHER  
Parlament  
1017 W i e n

1368 /AB

1991 -08- 28

zu 1489/J

ANFRAGEBEANTWORTUNG

Die Abgeordneten zum Nationalrat Meisinger, Dr. Partik-Pable, Dr. Gugerbauer haben am 10. Juli 1991 unter der Nr. 1489/J an mich eine schriftliche parlamentarische Anfrage betreffend die Entscheidungsfindung bei der Erarbeitung des Dienststellenstrukturkonzeptes 1991 gerichtet, die folgenden Wortlaut hat:

- "1.) Inwieweit haben die auf Bezirksebene eingerichteten Arbeitsgruppen tatsächlich Einfluß auf die Konzepterstellung?
- 2.) Werden diese Arbeitsgruppen im Fall der Änderung ihres eingebrachten Vorschlages nochmals (im Sinne des genannten Erlasses) in die Entscheidungsfindung eingebunden und, wenn nein, warum nicht?
- 3.) Aus welchem Grunde wurde die zuständige Arbeitsgruppe bislang nicht mit der geplanten Zusammenlegung der Gendarmerieposten Rainbach i.M. und Leopoldschlag (Oberösterreich) befaßt?
- 4.) Auf welche Weise wurde der Vorschlag, die genannten Dienststellen zusammenzulegen, in das Konzept aufgenommen?
- 5.) Ist im Zusammenhang mit dieser geplanten Postenzusammenle-

gung eine Weisung ergangen?

6.) Wenn ja: a) Von wem?

b) Welche Konsequenzen werden Sie hieraus ziehen?"

Diese Anfrage beantworte ich wie folgt:

Zu Frage 1:

Die auf Bezirksebene eingerichteten Arbeitsgruppen hatten die Aufgabe, den Bezirk im Hinblick auf eine mögliche Verbesserung der Dienststellenstruktur zu durchleuchten und Lösungsvorschläge zu erstellen, die vom Landesgendarmeriekommando auf ihre Realisierbarkeit zu überprüfen und gegebenenfalls nochmals der Arbeitsgruppe zur Überarbeitung zuzuleiten waren. Letzteres wäre grundsätzlich nur dann vorgesehen gewesen, wenn formelle Mängel bei der Erstellung des Vorschlages festgestellt worden wären.

Zu Frage 2:

Es muß der Beurteilung des Landesgendarmeriekommandos überlassen bleiben, ob es eine Arbeitsgruppe im Fall der Änderung ihres eingebrachten Vorschlages in die weitere Entscheidungsfindung einbindet oder nicht, weil es nach Befassung der Sicherheitsdirektion letztendlich für den landesweiten Lösungsvorschlag an das Bundesministerium für Inneres verantwortlich zeichnet.

Zu Frage 3:

Die Arbeitsgruppe des Bezirkes Freistadt wurde vom Landesgendarmeriekommando für Oberösterreich mit dem von ihm erstellten Vorschlag an das Bundesministerium für Inneres hinsichtlich der Zusammenlegung des Gendarmeriepostens Rainbach i.M. mit dem Gendarmerieposten Leopoldschlag nicht befaßt, weil durch den Vorsitzenden der Arbeitsgruppe bekannt war, daß deren übrige Mitglieder gegen diese organisatorische Maßnahme eingestellt sind und eine Zustimmung hiefür nicht zu erwarten war.

Zu den Fragen 4, 5 und 6:

Die Beantwortung dieser Fragen erübrigt sich, weil der Vorschlag des Landesgendarmeriekommandos auf Zusammenlegung des Gendarmeriepostens Rainbach i.M. mit dem Gendarmerieposten Lepoldschlag nach Prüfung durch die zuständige Fachgruppe meines Ressorts nicht zum Tragen kommt und der Gendarmerieposten Rainbach i.M. weiterhin bestehen bleibt.

Fraunhofer